

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

31.1.1930 (No. 27)

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Telephon Nr. 998
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Wajstmanbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in demjenigen der Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanwaltsregister für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Younggesetze vor dem Reichskabinett

Bevorstehende Verhandlungen mit dem Zentrum
Das Reichskabinett beriet, wie schon kurz gemeldet, am Donnerstag die Young-Gesetze, die Ende dieser oder Anfang nächster Woche dem Reichsrat zugehen sollen. Es ist anzunehmen, daß dabei auch die Wünsche zur Sprache gekommen sind, die das Zentrum in der bekannten Mitteilung der „Germania“ zum Ausdruck gebracht hat.

Letzte Nachrichten

Der amerikanische Goldüberschuß

Verwertung für Auslandskredite?
NEW YORK, 31. Jan. (Tel.) „World“ berichtet aus Washington, daß die Bundesbankbehörde den Plan erwäge, den die gefehlmäßige Reserve übersteigenden Goldbestand der Bundesreservebanken in Höhe von etwa 1400 Millionen Dollars zwecks Erhöhung der Kaufkraft des Auslandes in Auslandskrediten zu 3 bis 5 Proz. anzulegen.

Wirtschaftliche Umschau

Das Roggenproblem

Die Schwierigkeiten der chemischen Industrie
Das Roggenproblem ist vor allem ein innerdeutsches Abgabeproblem, und zwar deshalb, weil einmal Deutschland in guten Erntejahren wie den beiden letzten nicht nur genug Roggen für den Inlandkonsum erzeugt, sondern auch von diesem Getreide ausführen kann und muß, weil zweitens nur einige nordische Länder und Holland als Abnehmer in Betracht kommen und Polen, demnachst sicher auch Rußland als billig produzierende Konkurrenten Deutschlands auftreten, weil schließlich der Roggenbrotkonsum in der Nachkriegszeit in Deutschland zurückgegangen ist. Dabei liegt es nicht nur im Interesse der roggengebäudenden Landwirtschaft, daß sie zu ihre Selbstkosten deckenden Preisen Roggen absetzt, zu dessen Anbau sich nun einmal große Flächen in Deutschland nach Boden und Klima am besten eignen, sondern auch im Interesse des gesamten deutschen Volks und der deutschen Volkswirtschaft, weil wir durch verstärkten Roggenkonsum unsere Außenhandelsbilanz erheblich bessern, die Einfuhr von Auslandgetreide stark einschränken, das Geld in unserem kapitalarmen Lande behalten und dabei eine der wichtigsten deutschen Konjunkturfaktoren, die Landwirtschaft, kaufkräftiger machen können.

In der bevorstehenden Besprechung der Reichsregierung mit den Parteiführern wird zweifellos aber auch der Wunsch des Zentrums nach einer Beschleunigung der Finanzreform behandelt werden. In politischen Kreisen hofft man, daß es möglich sein wird, mit dem Zentrum eine Verständigung zu finden, und zwar auf der Basis, daß die Erledigung der Young-Gesetze durch die Verkoppelung mit den außerordentlich schwierigen Fragen der Finanzreform nicht verzögert, daß aber auf der anderen Seite den berechtigten Wünschen des Zentrums insofern Rechnung getragen wird, als die hinter der Regierung stehenden Parteien sich mit dem Kabinett über die Grundzüge der Haushaltspolitik für 1930/31 einigen.

Die Einrichtung der B.Z.

Technische Schwierigkeiten
NEW YORK, 31. Jan. (Tel.) (Schweizerische Depeschagentur.) Die Schwierigkeiten, die einer beinahe sofortigen Einrichtung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich vom technischen Gesichtspunkte aus entgegenstehen, sind größer, als ursprünglich angenommen wurde. Der Sonderausfluß für die Bank sah sich deshalb auch in seinen Beratungen am Donnerstagmorgen vor eine ziemlich schwierige Lage gestellt. Es hat sich als beinahe unmöglich erwiesen, das als Sitz der Bank in Aussicht genommene Gebäude innerhalb der vorgezeichneten Frist umzusetzen. Unter diesen Umständen konnte von dem Sonderausfluß nur eine provisorische Lösung dahin getroffen werden, daß die Bank provisorisch in anderen Räumlichkeiten untergebracht wird.

Die Bayerische Volkspartei zum Haager Abkommen

Leitende Kreise der Bayerischen Volkspartei haben in München eine Beratung abgehalten, über die nunmehr eine parteioffizielle Verlautbarung erfolgt ist. Es handelte sich um eine gemeinsame Sitzung der Landesparteileitung, der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion, die unter dem Vorsitz des Parteivorstandes und in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten, des Reichspostministers Dr. Schäpel und der beiden Fraktionsvorsitzenden, Dr. Leicht und Dr. Wohlmutz, stattfand. In der Verlautbarung heißt es u. a.:
Es bestand Einmütigkeit in der Auffassung, daß eine endgültige Stellungnahme zu dem Haager Abkommen solange nicht möglich ist, als nicht feststeht, welche Maßnahmen zur Sanierung unserer deutschen Finanzwirtschaft geplant sind und welche Gruppen im deutschen Reichstag die Verantwortung für diese Maßnahmen tragen wollen. Die Bayerische Volkspartei stellt daher, ebenso wie die deutsche Zentrumspartei, die Forderung, daß die notwendigen Maßnahmen zur dauernden Gesundung der deutschen Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden gehört werden, bevor die Entscheidung über das Abkommen fällt, und wird an dieser Forderung unverbrüchlich festhalten.

Die Londoner Flottenkonferenz

Frankreichs Ansprüche
PARIS, 31. Jan. (Tel.) Der Londoner Berichterstatter des „Petit Parisien“ teilt mit, daß die französische Delegation zur Flottenkonferenz den übrigen Delegationen eine Mitteilung habe zugehen lassen, in der die Tonnage angegeben wurde, die Frankreich nicht nur für die Gesamtschiffe, sondern auch für die einzelnen Kategorien benötige. Die Gesamttonnage werde in dieser Note mit 800 000 angegeben. Für die Großkampfschiffe und Flugzeugmuttertschiffe halte Frankreich an dem ihm in Washington zugestandenen 175 000 Tonnern fest. An großen Kreuzern von 10 000 Tonnern verlange Frankreich 12 Einheiten, also insgesamt 120 000 Tonnern. Hinsichtlich der leichten Kreuzer, Torpedobootszerstörer, Geschwadergeleiterschiffe, Torpedoboote usw., schätze Frankreich seine Bedürfnisse auf 210 000 Tonnern. Bei den U-Booten endlich werde ein Unterschied gemacht zwischen U-Booten von über 600 Tonnern (Hochseebote) und solchen unter 600 Tonnern. An Hochseeboten benötige Frankreich ungefähr 30 000 Tonnern, an kleineren U-Booten 90 000 Tonnern.

Die thüringische Regierung gegen den Youngplan

WEIMAR, 31. Jan. Staatsminister Baum machte heute im Landtag auf eine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Fröhlich hin die Mitteilung, daß die thüringische Regierung in ihrer letzten Kabinettsitzung gegen eine Stimme beschloß, habe, den Bevollmächtigten Thüringens zum Reichsrat zu beauftragen, gegen die Annahme des Youngplanes zu stimmen. Gegen den Beschluß stimmte Staatsrat Bauer (Deutschnationale Volkspartei).

Rückkehr Poincarés nach Paris

PARIS, 31. Jan. (Tel.) Das Coty-Blatt „Figaro“ will erfahren haben, daß Poincaré am kommenden Montag von der Côte d'Azur wieder in Paris eintreffen wird. Er werde jedoch nur kurze Zeit in Paris bleiben, da er zur völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit ein anderes Klima brauche. Das Blatt nimmt an, daß Poincaré die Gelegenheit benutzen wird, mit dem aus London erwarteten Ministerpräsidenten Lardies und Außenminister Briand in einem Meinungsaustausch über die politische Lage einzutreten.

Die Große Koalition in Preußen gescheitert

Wechsel im Kultusministerium
Die Große Koalition in Preußen ist wiederum gescheitert, da eine Einigung mit der Deutschen Volkspartei nicht zu erzielen war. Sie lehnte das Angebot des Handelsministeriums und eines Ministeriums ohne Portefeuille ab und verlangte ein Ministerium mit Verwaltungsbereich. Ohne weiteren Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen ist unmittelbar nach deren Abbruch Donnerstag nachmittag der sozialdemokratische Unterrichtsminister Dr. Becker von seinem Posten zurückgetreten und durch den demokratischen Partei nahe stehenden Vizepräsidenten des brandenburgischen Provinzialschulkollegiums, Grimme, ersetzt worden. Der letzte Grund ist wohl der, daß Beckers Beziehungen zur Sozialdemokratie und zum Zentrum sich verschlechtert hatten. Er wird in den nächsten Tagen Berlin verlassen und eine längere Erholungsreise nach dem Süden antreten.

Die militärischen Sachverständigen verlassen Deutschland

Der „D. N. Z.“ zufolge ist es der Reichsregierung gelungen, in Verhandlungen mit der Völkervereinigung durchzuführen, daß die besonderen militärischen Sachverständigen abberufen werden, die in den letzten Jahren nach Auflösung der internationalen Militärkommissionen einzelnen Berliner Verketungen unserer ehemaligen Kriegsgegner beigegeben worden waren. Diese Sachverständigen werden bereits am morgigen Samstag Berlin endgültig verlassen.

Der neue preussische Kultusminister, der der Gruppe der religiösen Sozialisten angehört, steht im 41. Lebensjahr. Er ist in Goslar am Harz geboren, studierte Philosophie und wandte sich dem Schulfach zu. 1923 wurde er an das Provinzialschulkollegium in Hannover versetzt. 1925 wurde er als Oberschulrat nach Magdeburg berufen und trat 1927 in das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als Hilfsarbeiter ein. Er wurde dort 1928 zum Ministerialrat in der Abteilung U II (höheres Schulwesen) ernannt und verwalte längere Zeit auch das Presseferat des Ministeriums. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums der Provinz Brandenburg, in dem er — entsprechend der besonderen Struktur dieses Schulkollegiums — das gesamte Volks-, Mittelschul-, Berufs-, Fachschul- und höhere Schulwesen der Provinz zu verwalten hatte, beendete 1929 seine Tätigkeit im Kultusministerium. Kultusminister Grimme ist publizistisch mit Schriften in der Schriftenreihe der entscheidenden Schulreformer hervorgetreten.

Nationale Beamte

Der preussische Innenminister hat in der Antwort auf die kleine Anfrage eines deutschnationalen Abgeordneten grundsätzlich erklärt, er werde in Zukunft keine Anfrage mehr beantworten, in der die dem Stahlhelm angehörenden Beamten als „national“ bezeichnet werden. Diese Bevorzugung sei ein plumper Versuch, die gewaltige Mehrheit der Beamtenschaft, die dem Staate treu ergeben ist, wegen dieser ihrer wahrhaft nationalen Gesinnung und Haltung herabzusetzen und zu verunglimpfen.

Auf dem Rastatter Bauerntag

am Sonntag hat sich Reichs Ernährungsminister Dietrich u. a. auch mit der Roggenfrage beschäftigt. Er konnte darauf hinweisen, daß durch das seit Jahresbeginn in Kraft getretene System der gleitenden Zölle für Weizen, wovon wir 2 1/2 Mill. Tonnern im Jahre einführen müssen, eine für die Produzenten erträgliche Lage geschaffen werden konnte und dies voraussichtlich auch weiterhin möglich sein werde, daß aber für Roggen die Sache wesentlich anders liege, weil eben niemand da sei, unseren Überschuß uns abzunehmen, was die Preise drücke. Auch die Verbilligung von Futterroggen habe keine Abhilfe gebracht, weil die Getreidepreise trotz des erhöhten Zolls billiger geworden seien. Und so bleibe vor allem die Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerung zu vermehrtem Roggenbrotkonsum zu veranlassen. Er werde durch Vorschriften dafür sorgen, daß als Roggenbrot nur ein aus reinem Roggenmehl hergestelltes Brot bezeichnet werden kann. (Man spricht davon, daß nach dem Münchener Muster ein Zusatz von 5 Proz. Weizenmehl aus baktechnischen Gründen gestattet werden soll.) Seinerzeit war auch angeregt worden, einen Roggenmehlzusatz zu allen Backorten gesetzlich zu bestimmen, was gerechtfertigte Bedenken auslöste, schon weil es sehr nach der vom Krieg her bekannten, immer wieder umgangenen Zwangswirtschaft aussah, und weil das Publikum ein Recht hat, reines Roggen- oder reines Weizengebäck zu verlangen.

Beim gesamten Getreideproblem muß beachtet werden, daß infolge der guten Ernten der letzten Jahre die Bestvorräte den Bedarf bei weitem übersteigen. (Trotzdem hungern in China Millionen). Was den Roggen angeht, so haben die deutsch-polnischen Verhandlungen den Zweck, zu verhindern, daß das Ausland auf Kosten

Deutschlands und Polens stark verbilligten Roggen bezieht, da beide Staaten in der Subventionierung der Roggenausfuhr bisher wetteiferten. Deutscher und polnischer Roggen wurde dadurch an das Ausland geradezu verschleudert und war in den nordischen Staaten zu 5,50 M der Zentner zu haben. Deutschland und Polen verbilligten also auf Kosten ihrer Steuerzahler die Volksernährung und die Viehhaltung in den Abnehmerstaaten, gleichzeitig führten wir für Hunderte von Millionen Futtermittel und Getreide und auch Vieh und Milchprodukte aus den mit Roggen von uns so billig versorgten Staaten ein. Bis zum 10. Februar ist nun mit Polen eine Einigung erzielt, die jedoch nur als Vollziehung angesehen werden kann. Man hofft, bis dahin eine Verständigung über das Aufheben des Wettrennens mit den Ausfuhrvergütungen und dieser kostspieligen Ausfuhrpolitik zu erzielen. Das wirksamste Mittel für die deutsche Landwirtschaft wäre freilich neben der Hebung des Inlandabfages eine zweckmäßige Produktionsregelung und entsprechende Umstellung auf andere Agrarprodukte.

An den Börsen erlitten in der letzten Zeit die F. G. Farbenaktien, ein deutsches Standardpapier, auffällige Rückgänge, die im Zusammenhang mit den Marktentwicklungen für die verschiedenen vom Farbentrust betriebenen Produktionszweige standen. Zwar ist zwischen der F. G. Farben und der Ruhrchemie-W.G. ein „Stickstofffrieden“ geschlossen worden, wodurch die Stickstoffproduktion auf etwa 800 000 Tonnen kontingentiert und der F. G. Farben 75 Proz. zugebilligt wurden, aber die nicht der Ruhrchemie angehörende Selsensirchener Bergwerksgesellschaft will ein eigenes großes Stickstoffwerk errichten, trotzdem schon jetzt Überproduktion herrscht und die vorhandenen Anlagen nicht voll ausgenutzt werden können. Stickstoff und Farben (hier ist jedoch sogar eine kleine Besserung zu konstatieren) machen zusammen zwei Drittel des Gesamtgeschäftes der F. G. Farben aus. Ähnlich sieht es auch in der Kunstseideproduktion aus, wo sich, auch infolge des internationalen Konkurrenzkampfes die Verdienstsprende erheblich verringert hat und eine große, umfassende Verständigung weiter aussteht. Zwar hat sich die deutsche Kunstseidehandelsbilanz verbessert, die Ausfuhr ist um 25 Proz. gestiegen, während sich die Einfuhr dem Wert nach erheblich vermindert hat, aber schon drohen höhere Zölle in Amerika, übrigens auch für Chemikalien. Meldungen, daß in den Hydrierungsanlagen in Leuna große Umstellungen notwendig geworden seien, wurden dementiert. Immerhin sind hier Schwierigkeiten vorhanden, die zeigen, daß aus kaufmännischen und technischen Gründen in der Kohlenverflüssigung Reformen vorgenommen werden müssen. Nicht nur die Entwicklung auf den internationalen Märkten, sondern auch die vermehrte und verbilligte Verflüssigung von Benzol durch die deutsche Montanindustrie zwingen dazu.

Der letzte Vierteljahrsbericht der F. G. Farben, der den Geschäftsgang im ganzen als befriedigend bezeichnete, änderte in der Börsenstimmung nichts. Auch die besonders starke und reiche chemische Industrie Deutschlands bleibt somit von ernstlichen Sorgen nicht verschont.

Günstig werden trotzdem die verschiedenen Absichten der Kaliindustrie beurteilt, die sich zunächst zur gemeinsamen Verwertung der Nebenprodukte zu einer F. G. zusammenschließen hat. Ob und wann der immer wieder angekündigte Kalitrust kommt, steht allerdings dahin. Außerdem ist zusammen mit der französischen Kaliindustrie der Ausbau der Mischdüngerfabrikation, also ein Konkurrenzunternehmen gegen die F. G. Farben, geplant. Dies alles wirkte auf den Börsen zeitweise günstig für Kaliwerte.

Stadt. Konzerthaus Karlsruhe

Gastspiel Haaz-Berlow

Der Abend sollte doch, so meinte wenigstens der stellvertretende Vorsitzende der Karlsruher Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes, Dr. Bauer, in seinen Begrüßungsworten, mehr als aufreizende Unterhaltung sein, er sollte in abgründigen Tiefen eines gelebten Lebens die Mitspieler führen. Leider entsprach solch großartiger Ankündigung keineswegs das nachher Geschaute. Einestheils war der Dilettantismus, der über diesem Jenaer Ensemble des Herrn Haaz-Berlow lagert, daran schuldhaft, andererseits und sogar mehr die Rücksichtslosigkeit, mit der durch überlange Reden die Spieler sich selbst und ihrem Publikum das Konzept verarbeiteten. Da gab man z. B. anfangs des Franzosen André Gibes, „Müller des verlassenen Sohnes“, auch in der deutschen Übertragung Rainer Maria Rilkes keine ganz bedeutungslose Sache, sondern eine sehr beachtliche Arbeit eines dichterischen Kopfes. Aber durch unbarberische und unnötige Einschneite wurde der geheimnisvoll magnetische Kreislauf der fünf Bilder so restlos gestört, daß kaum noch ein innerer Kontakt von einem zum anderen möglich ward. Vorwärtstreibender und in ihrer lapidaren Definition wirklicher geriet danach eine „Totentanzdarstellung“, gebundenen Bilderszenen des XV. Jahrhunderts nachgeformt. Sie zeigten auch deutscher Jued und Jiel, das diese Jenaer Gruppe eigentlich verfolgt. Jedoch einem einmal gründlich verstimmt Auditorium von weit mehr als tausend Menschen fällt es nicht leicht, seine geäußerte Stimmung zu ändern und sich in den sonst so natürlichen Zustand eines willig Empfangenden zurückzuwerfen. Denn ohne irgendwelche Hemmung aufgenommen, hätte gerade diese zweite Gabe immerhin über einen bestimmten inneren und äußeren Ausdruck und Eindrucksvorwurf verfügt trotz einiger, was abermals nicht ungefragt bleiben darf, recht unzureichender Darstellungsmittel. Diese paar Andeutungen mögen genügen, neben dem tatsächlich und sehr anerkennenswerten Erreichen auf die Kinderkrankheiten, wie sie jedem noch so „gehobenen“ sogenannten Dilettantentheater anhaften, nicht mit Born, sondern mit der ansehnlichen Heil von neuem gebotenen Wachsamkeit hinzuweisen.

Eine Rede des Reichsfinanzministers

Wirtschaft und Finanzpolitik

Die in Berlin verteilten Zeitungen im Reich veranstalteten Donnerstagabend ihren traditionellen Empfangsabend. Aus dem Reich waren 70 Zeitungsverleger anwesend, ebenso eine große Anzahl führender Redakteure. Fast alle Reichsminister und preussische Staatsminister waren erschienen, die Gesandten der Länder, die Staatssekretäre und Sachreferenten, ein großer Teil des diplomatischen Korps und die führenden Männer der deutschen Wirtschaft, der Industrie, der Banken und des Handels. Der Bürgeraal des neuen Schönberger Rathauses und die Brandenburghalle boten das festliche Bild, das charakteristisch ist für die Zusammenkünfte der hohen Politik und der Wirtschaft.

Der Abend wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Berliner Vertreters der Tageszeitungen, W. Girardet, Düsseldorf-Essen, Erich Bed, der die Gäste begrüßte und auf die entscheidende Bedeutung der Zeitungen im Reich für die politische und wirtschaftliche Entwicklung hinwies.

Im weiteren Verlauf des Abends ergriß Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

das Wort zu einer Rede. Er erinnerte an die letzte Veranstaltung des Vereins vom 7. Februar vorigen Jahres, dem Tage, an dem die deutschen Sachverständigen nach Paris abreisten, um die abschließende Regelung der Reparationsfrage einzuleiten. Die an die Einigung der Sachverständigen geknüpften Erwartungen, Entspannung der Lage und Aufschwung der Wirtschaft, erfüllten sich nicht. Der Reichsminister erinnerte an die verschiedenen Zwischenfälle in der Zeit des schwebenden Zustandes und wies auf den Tod Stresemanns hin. Aus den auf der Haager Konferenz zu regelnden Schwierigkeiten wuchsen ständig neue Schwierigkeiten empor, bis es schließlich am 20. Januar gelang, eine Einigung herbeizuführen.

Auch die Wirtschaft litt während der Dauer der ganzen Verhandlungen durch die Ungewißheit des Schwebezustandes zwischen den einzelnen Verhandlungsschritten und des Ergebnisses. Zu dieser Unsicherheit trat die Erschwerung der deutschen Kapitalversorgung. Der für Deutschland so notwendige Kapitalzufluß durch ausländisches Kapital wurde infolge der eigenartigen Lage des amerikanischen Marktes ungenügend, die persönliche Initiative erlahmte und die allgemeine Stimmung der Unternehmerschaft war von düsterem Pessimismus gefärbt. Diese Stimmung wurde dadurch verstärkt, daß nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch die öffentliche Hand nicht mehr über liquide Mittel und über das notwendige Kapital verfügte.

Eodahin ging der Reichsfinanzminister auf die Etatslage des Reiches über und führte dazu aus, daß die Verminderung der Reparationslasten auch eine größere Selbständigkeit in deren Erfüllung bringe. In großen Kosten, wie Reparationen, inneren Kriegskosten und anderen könne nichts gespart werden. Daneben ständen aber eine Reihe sich vornehmender Ausgaben, bei denen geprüft werden müsse, ob ihre Entwicklung sich der Entwicklung der Wirtschaft genügend angepaßt habe.

Zwei Auffassungen hätten bei der Übernahme neuer Ausgaben mitgewirkt, ohne daß die Voraussetzungen, von denen dabei ausgegangen wurde, sich verwirklicht hätten. Die eine sei eine falsche Einschätzung der Kapitalkraft der Märkte und ihrer Hergabewilligkeit gewesen. In dieser falschen Einschätzung seien große Beträge auf die außerordentlichen Etats übernommen worden, für die die Deckung durch Anleihe ausgefallen wäre. Die andere sei die gewesen, daß bei den zunächst ständig wachsenden Steuererträgen mit einer ununterbrochenen Entwicklung nach oben gerechnet und dadurch Bewilligungen insbesondere auch durch das Parlament veranlaßt worden waren, die nur bei mindestens gleichbleibendem Steuerertrag getragen werden konnten. Nach Einsetzen einer Krise wären die durch die Wirtschaftslage und die Jahreszeit bedingten erhöhten sozialen Ausgaben in einem Augenblick eingetreten, wo infolge unserer kapitalarmen Wirtschaft, die zum Teil ihre Anlagen mit ihren Betriebsmitteln und kurzfristigen Krediten erschöpft hätte, auch das Steueraufkommen sofort stark hinter den Schätzungen zurückgeblieben wäre.

Nach seiner Überzeugung müsse daher der Wirtschaft, deren zu starke Anspannung zum Einlen der Konjunktur geführt oder sie mindestens verschärft hätte, geholfen werden, und andererseits müßten die Fehlbeträge gedeckt und ein ausgeglichener Etat hergestellt werden. Beide Dinge müßten nebeneinander verfolgt werden, nur dann könne die deutsche Wirtschaft die Kraft finden, die Verpflichtungen des Youngplans, die zwar eine Erleichterung gegenüber dem Dawesplan, aber noch immer eine schwere Vorbelastung der deutschen Wirtschaft vor allen Wirtschaften bilde, zu erfüllen.

Der 1. stellvertretende Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Prof. Julius Ferdinand Wolf, Chefredakteur und Herausgeber der „Dresdener Neuesten Nachrichten“,

Ergebnis des Selbstbildnis-Preiswettbewerbs

In dem vom höchsten Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassenen Preiswettbewerb zur Schaffung eines Selbstbildnisses hat das Preisgericht am 30. Januar 1930 folgende Entscheidung getroffen:

Auf dem Gebiet der Malerei wurden die Selbstbildnisse von Wilhelm Martin, W. Müller-Hufschmid, Prof. Ernst Würtenberger und Vladimir Zobotin gleichwertig und in folgender Reihenfolge drei Preise von je 1500 M den freien Künstlern Martin, Müller-Hufschmid und Zobotin zuerkannt, und dem bewährten Meister und Lehrer, Prof. Würtenberger, besondere Anerkennung ausgesprochen.

Neben den Bildern der Preisträger erschienen besonders beachtenswert die Selbstbildnisse von Dr. Th. Buß, Helmut Eichrodt und Hans Schroeder.

Ein erster Preis für Originalgraphit gelangte nicht zur Verteilung, dagegen wurde eine Ehrengabe von 200 M Herrn Willi Kiwitz zuerkannt.

Der Preis für Bildhauerei in Höhe von 1500 M wurde zugesprochen Fritz Springer, zwei Ehrengaben von je 700 M den Bildhauern Schmidt und Fraulein Breuer. Außerdem erschienen auf dem Gebiet der Plastik besonders erwähnenswert die eingelebten Werke von Häuffer und Fraulein Jenner.

Die Säulenhalle des Konstanzer Rathauses im Erdgesch. die zum Stadt. Archiv umgestaltet war, ist nach dessen Verlegung nun wieder in ursprünglicher Form wiederhergestellt worden. Der prachtvolle Eingang in florentinischem Renaissancestil mit den nun freigelegten 3 Mittelsäulen und 6 Halbsäulen, geschmückt mit herrlichen ausgehauenen Kapitellen, macht eine tiefen und wichtigen Eindruck. Die Wiederherstellung der alten Rathauseingangshalle wird von den Besuchern der Stadt begrüßt werden.

danke im Namen der Verlage des gastgebenden Verbandes dem Minister für die Offenheit, mit der er über das aktuelle Problem gesprochen hatte. Er erinnerte daran, wie Finanz- und die Staatswirtschaft früher das Geheimnis der Finanzminister gewesen seien. In einem sei es allerdings heute wie früher: Bindhorst habe einmal ein treffendes Bild gebraucht, indem er die Steuern mit den Dämpfen verglich, die aus dem Boden aufsteigen, als Wolken weiterziehen und im Regen andere Gesilde segnen. Der Redner betonte die Notwendigkeit einer produktiven Gestaltung der Erwerbslosenfürsorge. Wenn es wieder aufwärts gehen soll, so habe die deutsche Presse die Aufgabe, das Vertrauen in die Zukunft der deutschen Wirtschaft zu stärken. Das sei aber nur möglich, durch eine loyale Zusammenarbeit zwischen Regierung, und namentlich mit der Presse des Reiches, die ein sehr feinfühliges und gewissenhaft gespieltes Instrument sei.

Der Abend bot in seinem weiteren Verlauf Gelegenheit zu angeregter Aussprache.

Im Notfall: Getreidemonopol

Das Roggenproblem

Am Donnerstag fand im Reichsernährungsministerium zu Berlin eine Aussprache mit Vertretern der Landwirtschaft, des Getreidehandels, der Mühlen, des Mehlhandels und des Vaders statt.

Reichsernährungsminister Dietrich führte, nach dem „Berl. Tagbl.“ vorliegenden Informationen u. a. aus, daß der Weizenvermahlungszwang Erfolge gezeitigt und den deutschen Weizenmarkt weitgehend unabhängig vom Auslandem gemacht habe. Beim Roggen wäre die Situation ganz anders. Die „Roggenlawine“ habe unerträgliche Zustände geschaffen. Von allen Seiten würden Vorschläge gemacht mit dem Ziele, die überhöhten Vorräte abzubauen, etwa im Wege des forcierten Exports. Demgegenüber sei zu sagen, daß die nordischen Staaten insgesamt nur etwa 750 000 Tonnen Roggen einzuführen pflegen, worin sich Deutschland, Polen und nunmehr auch Rußland teilen müßten. Ferner werde ein Weizenmahlungszwang (Roggenmehl zu Weizenmehl) und schließlich eine Ausnahmsvorschrift für Roggen verlangt. Alle diese Anregungen würden geprüft; irgend etwas müsse geschehen und werde geschehen, um das Roggenproblem zu lösen — notfalls durch ein Monopol. Weiter wurde über das neue Brotgesetz gesprochen, das u. a. einen Brotdeklarationszwang enthalten soll.

Die Staatsaufsicht über Berlin

Der Oberpräsident von Brandenburg hat an den Magistrat Berlin zu Händen des Bürgermeisters Scholz ein Schreiben gerichtet, in dem er um umgehenden Bericht über die Beschlüsse hinsichtlich der Deckung des im Laufe des Rechnungsjahres entstehenden Fehlbetrages bittet, insbesondere um Angabe, welche Mehreinnahmen und welche Minderausgaben sich nach den endgültigen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung ergeben haben. Er mache den Magistrat dafür verantwortlich, daß alle Sparmaßnahmen unbedingt ausgeführt werden. Die Übernahme eines Fehlbetrages von 1929 in den ordentlichen Haushalt 1930 mache er für die Genehmigung des Umlageverteilungsbeschlusses 1930 zur Voraussetzung. Ferner erlucht der Oberpräsident um Angabe, welche Vermögenswerte die Stadt und städtische Gesellschaft aus den Überschüssen früherer Jahre angeschafft und noch im Besitz habe.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm am Donnerstag einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, nach dem lediglich der Nachtragsetat zahlenmäßig mit einer Mindereinnahme von 22,8 und einer Mehrausgabe von 25 Millionen festgesetzt, also ein Defizit von 47 Millionen Reichsmark festgestellt wurde. Dieser Fehlbetrag muß in dem Haushalt 1930, der Mitte Februar eingebracht wird, angenommen werden. Der Umlageverteilungsbeschluss, d. h. die Minderung des Defizits durch die Steuererhöhungen, die 13 Millionen Reichsmark einbringen sollten, wurde jedoch einstimmig abgelehnt. Das praktische Ergebnis der Ablehnung der Deckung des Nachtragsetats durch Steuern ist, wie eine Berliner Korrespondenz schreibt, daß der Magistrat lediglich die Zustimmung der Stadtverordneten für die von ihm vorgeschlagenen Einsparungen im Betrage von 30 Millionen Reichsmark erhalten hat und nun verjuden muß, durch weitere Einschränkungen der Ausgaben das Defizit zu vermindern, wenn es nicht den neuen Etat, der ja balancieren muß, erheblich vorbelasten soll.

Das neue spanische Kabinett

Konservative Minister

Das neue Kabinett ist nun gebildet. Ministerpräsident wurde General Berenguer, Inneres: General Marzo. In einer Mitteilung an die Presse heißt es, daß die Minister dem König den Eid nach der herkömmlichen Formel leisteten. Darauf umtrieb in Anwesenheit des Königs Ministerpräsident Berenguer die Linie, die das Kabinett zur Befriedigung der Geister und um den Bedürfnissen der Verwaltung nachzukommen, verfolgen werde. Sie werde mit aufrichtigem guten Willen vorgehen, sich den Verhältnissen anpassen, bis man die so wünschenswerte normale Lage in juristischer und konstitutioneller Hinsicht wiederhergestellt habe.

Die Aufnahme der neuen Regierung

Madrid, 31. Jan. (Tel.) Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in Madrid berichtet, daß einer der Führer der sozialistischen Bewegung in Bilbao, Prieto, eine antinationalistische Kundgebung veröffentlicht hat. Der Berichterstatter erklärt ferner, daß man in politischen Kreisen sehr zurückhaltend sei, und daß die Mehrheit die jetzt gefundene Lösung als vorläufig bezeichne. Man werde der neuen Regierung Kredit bewilligen, aber man schreibe ihr nur eine vorübergehende Autorität zu. Das neue Ministerium dürfe unmöglich noch lange zögern, um die endgültige Rückkehr zum parlamentarischen Regime durchzuführen. Aber bei dem jetzigen Geisteszustand in Spanien könne man nicht voraussehen, welches Ergebnis Neuwahlen haben würden und unter welchen Bedingungen der Wahlkampf vor sich gehen werde.

Die Blätter aller Parteien sprechen ihre Zustimmung zu der Wahl Berenguers als Nachfolger Primo de Ribera aus und äußern sich übereinstimmend lobend über seine Persönlichkeit. Die neuen Minister gehören der konservativen Partei an.

Demission des Präsidenten der Nationalversammlung

Madrid, 31. Jan. (Tel.) Der Präsident der Nationalversammlung in Madrid, Prof. Yanguas, hat seinen Abschied eingereicht. Es wird allgemein angenommen, daß das Auflösungsdekret für die Nationalversammlung baldigt veröffentlicht werden wird.

Am Donnerstag wurden auf dem Markt der Londoner Vorstadt Fanning durch Großfeuer 50 Läden zerstört. Der Schaden beträgt 400 000 M.

Zu dem Verschwinden des Generals Kutepow

W.D. Paris, 31. Jan. (Tel.). Ein Krankenpfleger einer Privatrennerei, die in der Nähe der Wohnung des verschwindenden russischen Generals Kutepow liegt, teilte gestern, wie Gatas berichtet, der Polizei mit, daß er an dem fraglichen Tage in der Nähe der Wohnung des Generals ein graues Automobil mit heruntergelassenen Fenstervorhängen sowie eine Autodroste bemerkt habe. Er habe gesehen, wie der General, dessen genaue Personalbeschreibung der Krankenpfleger angab, an dem grauen Automobil vorbeigefahren wollte, als plötzlich zwei Zivilpersonen und ein Polizist sich auf ihn stürzten und ihn zwingten, in das graue Automobil einzusteigen, das, von der Autodroste gefolgt, abfuhr.

Der Alkohol in der amerikanischen Gesellschaft

W.D. Washington, 31. Jan. (Reuter.) (Tel.) Senator Brookhart erregte gestern im Senat durch die Verlesung eines Briefes Aufsehen, in dem behauptet wird, daß im Century-Club in New York, einem der ältesten und vornehmsten Klubs des Landes, dem auch Hoover angehört, bei den monatlichen Zusammenkünften edle Cocktails mit Gin vorgekostet werden und daß zu Silvester Rumsch mit Rum getrunken wurde. Brookhart erklärte, er verlese den Brief in der Hoffnung, daß der Vizepräsident des Klubs, Widorsham, der die kürzlich vorgenommene Untersuchung über die Durchführung des Prohibitionsgesetzes leitete, sich dazu äußern werde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(19. Sitzung)

D. S. Karlsruhe, 31. Jan.

Die Aussprache über den Justizetat

wird fortgesetzt.

Abg. Wagner (Nat. Soz.) stellt der individualistischen Weltanschauung die nationalsozialistische gegenüber. Das heutige Recht werde darum von den Nationalsozialisten bekämpft. Statt eines Republikanengesetzes wünscht er ein Gesetz zum Schutze der Nation. Die von häufigen Zwischenrufen und zeitweise großer Unruhe begleiteten Ausführungen behandeln schließlich das Massenproblem zur Begründung des Antrages betr. Verjudung der Justiz. Der Redner beklagt sich über die Behandlung der politischen Gefangenen. Den Justizetat müsse seine Fraktion ablehnen unter Verwahrung des schärfsten Mißtrauens gegen den derzeitigen Minister.

Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Vpt.) wendet sich gegen die Aufhebung von Amtsgerichten und Notariaten und Verlegung der Grundbuchämter, weil dadurch das flache Land benachteiligt würde. Die volkswirtschaftlichen Werte seien höher einzuschätzen als die etwa für den Fiskus erzielte Ersparnis. Wer auf diesem Standpunkt stehe, könne nicht für Verwirklichung der Justiz sein. Die Überlastung der Richter an den Landgerichten müsse die Güte der Rechtsprechung beeinträchtigen. Wauern seien verschwindend selten als Schöffen und Geschworene zu sehen. Das Anwachsen des Etats der Strafjustiz stelle ein Problem dar. Mit dem Menschenverbot kann sich der Redner nicht befremden. Er trägt dann verschiedene Beamtenwünsche vor. Bei Verlegungen in die Hochschulen möge man Leute bevorzugen, deren Kinder die Hochschule besuchen wollen. Zur Fürsorgeziehung bezweifelt der Abg. Schmidt, daß man ohne körperliche Züchtigung auskommen könne. In den wenigsten Familien dürfe man so verfahren. In diesem Zusammenhang übt der Redner an der Vergleichsmethode eine ablehnende Kritik. Er stellt den Antrag, Fälle von Keuzung in der Anstalt Neulingen unterzogen zu lassen und das Züchtigungsverbot aufzuheben.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) hält den Nationalsozialisten vor, daß sie ihrem Antrag eine recht dürftige Begründung gegeben und ein höchst ungerechtes Urteil über die Justiz gefällt hätten, ohne dafür Beweise zu bringen. Er weise es entschieden zurück, daß es im badischen Richterstande Leute gebe, auch wenn sie Juden sind, die nicht voll und ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Das Interesse der Rechtspflege mache es notwendig, daß die gesamte Justiz auf das Reich übertragen wird. Die Entscheidung liege beim Reichstag. In der Beamtenenschaft sei gewiß eine starke Liberalisierung eingetreten. Das Ministerium werde es selbst lebhaft begrüßen, wenn bei besseren finanziellen Verhältnissen hierin eine Änderung erfolgen kann. Erfolgreich sei, daß das Verhältnis zwischen Justiz und Presse in den letzten Jahren ein viel besseres wurde. Dies fördere die gegenseitige Wertschätzung. Er, der Redner, werde dem Justizetat zustimmen, anders seine Freunde, die die Sache unter dem politischen Gesichtspunkte betrachten.

Abg. Müning (Komm.) bezweifelt die Unabhängigkeit der Richter. Nach einer Polemik gegen die Sozialdemokraten lehnt der kommunistische Sprecher den Justizetat ab.

Abg. Ewald (Ev. Vd.) findet anerkennende Worte für die badische Justiz. Er begrüßt, daß es innerhalb der Arbeitsgerichtsbarkeit in weitem Umfange gelungen sei, ausgleichend zu wirken.

Abg. Frau Richter (Dml.) macht allgemeine Ausführungen über den Rechtsbegriff und die hohe Aufgabe des Richters. Möge in unserem parteigerissenen Staate Frau Justitia nicht die Binde vor den Augen verlieren. Trotz erheblicher Abstriche betriebliche der Etat nicht, denn die Ausgaben seien gestiegen. Durch die neue Kostenregelung würde der Gang zur Ehecheidung erleichtert. Um den Aufwand der Fürsorgeziehung zu verringern, sollte man die karitativen Anstalten mehr in Anspruch nehmen. Die Richter seien in der Tat über Gebühr belastet. Der derzeitigen Besetzung des Justizministeriums könnten die Deutschnationalen nicht zustimmen; auch lehnten sie den Etat ab.

Justizminister Dr. Remmele

dankt für die der Justizverwaltung und ihren Beamten von den großen Parteien gezollte Anerkennung, die angesichts des Umfangs der Geschäfte wohl verdient sei. Daß Überzeugungstäter schlecht behandelt würden, treffe nicht zu. Die Charakterisierung einer Tat als eine solche der Überzeugung obliege dem Urteil und sei keineswegs Sache der Strafvollzugsbehörden. Die unzureichenden Beförderungsmöglichkeiten für die Beamten seien leider eine Folge der Finanznot, die sich auch im sachlichen Aufwand auswirke. Die baulichen Verhältnisse seien auf die Dauer nicht zu ertragen.

Der Minister äußert sich dann zu gewissen Vorkommenissen in einem oberbadischen Gefängnis (Fall des Untersuchungsgefangenen Schwall). Es sei dem Ministerium ferngelegen, dem betreffenden Richter in seinen richterlichen Funktionen Vorschriften zu machen, es sei lediglich ein Versehen bei einer Verwaltungsmaßnahme festgestellt worden. Die Frage des Abbaues oder der Umorganisierung der Amtsgerichte sowie der Verlegung der Grundbuchämter sei im Ministerium nicht geprüft worden. Es müßte aber an eine Zusammenlegung gedacht werden dort, wo ein nur geringer Beschäftigungsgrad zu verzeichnen war, so in Dandorf und Boxberg. Über die Abgrenzung der Arbeitsgerichtsbezirke seien Erwägungen im Gange. Doch müsse man Zeit zu den Vorarbeiten lassen.

Was die Besetzung des Ministerpostens betrifft, so war der Minister für Streichung auch der 100 M. Der Minister stellt fest, daß nach Baden kein anderes deutsches Land ein selb-

ständiges Justizministerium besitz. Die Koalition ist der Auffassung, daß bei uns drei Ministerien genügen würden. Im übrigen wisse er, der Minister, wo die Grenze seiner Kenntnisse und Möglichkeiten liege.

Man wolle auseinanderhalten: Recht zu sprechen ist Sache der Gerichte. Der Justizminister indes hat die Aufgabe, die Reichsregierung zu beeinflussen, wo in so und so viel Fragen der Politik mit in Rechnung steht. Er hat weiter die Aufgabe, zu verwalten, Aufsicht zu üben und das Fürsorgewesen zu leiten.

Zur Menschenfrage bemerkt der Minister, die Justiz und Polizei hätten kein Bedürfnis, besondere Jagd auf die Beteiligten zu machen. Erfolgt aber eine Anzeige, dann bleibt der Behörde nichts anderes übrig, als einzugreifen. Wenn nun ein Betroffener eine ganze Riste der Polizei ausliefert, dann können wir nichts dafür.

Für Angehörlichkeiten darf man jedoch die Justiz nicht verantwortlich machen (Geiterleit).

Der Minister nimmt zum Schluß den Prof. Gregor in Beziehung gegen die Angriffe des Abg. Schmidt-Bretten in Schutz. Man werde zwar das hohe Ansehen des Prof. Gregor, das sich auf seine praktischen Erfahrungen und Erfolge gründet, nicht schädigen; es bestehe aber die Gefahr, in dem großen Wert der Menschenliebe fülliglahm zu werden.

Es folgt

die zweite Rednerreihe.

Abg. Haas (Zentr.) setzt sich für die Beibehaltung der Justizhoheit der Länder ein; der Weg nach Berlin sei weit. Der Redner will auch die berühmte badische Notariats- und Grundbuchordnung nicht missen.

Abg. Kubaum (Sozdem.) unterstreicht nochmals die Forderung einer verstärkten Verzahnung der Arbeiterschaft zum Justizamt. Er wünscht gerechte Verteilung der Belohnungen an das Aufsichtspersonal. Die Zusammenlegung von Amtsgerichten ausschließlich nach praktischen Erwägungen und gibt dem Minister recht, wenn er sagt, daß die Prügelstrafe nicht mehr in den Rahmen moderner Pädagogik paßt. Er setzt sich zum Schluß mit den Kommunisten und Nationalsozialisten auseinander.

Abg. Köhler (Nat. Soz.) schneidet nochmals die Klassenfrage an.

Um 1 Uhr wird die Weiterberatung auf nachm. 4 1/2 Uhr vertagt.



Der Haushaltsauschuss

trat am Donnerstag in die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern ein. Der Minister teilte mit, daß Herr Dr. Kemmele auch künftig als Vertreter im Landesauschuss für die Reichsreform tätig sein soll. In den Verhandlungen des Ausschusses spielte die Frage der Verwaltungsreform in Baden eine besondere Rolle.

Minister Wittenmann verwies auf den großen Aufgabenzirkel der inneren Verwaltung gegenüber 1914. Das Ministerium sei ein „großes Bezirksamt“. Reformen seien zwingend. Die Sparkommission könne auch an dieser Frage nicht achtlos vorübergehen. Von volksparteilicher Seite wurde eine stärkere Dezentralisation der Bezirksverwaltung gegenüber dem Ministerium verlangt und gewünscht, daß der Westen des Ministerialdirektors nicht nur nach politischen, sondern auch nach sachlichen Gesichtspunkten besetzt wird, was vom Minister als selbstverständlich anerkannt wurde. Ein Redner des Zentrums will eine starke Selbstverwaltung; die zentrale überläßt dürfe aber nicht nachlassen. In dem System der Selbstverwaltung der Kreise sollte man nicht rütteln. Unbedingt wünschenswert sei eine Grenzberichtigung der Zuständigkeiten. Ein sozialdemokratischer Redner meinte, die Institution der Landeskommissäre würde wohl aus Sparausweisgründen fallen müssen. Ein demokratischer Redner mahnte zur Vorsicht beim Abbau der Landeskommissäre, und von Zentrumsseite wurde darauf hingewiesen, daß sich die Tätigkeit der Landeskommissäre in der Bezirksverwaltung außerordentlich gut bewährt habe.

Beim Kapitel Verwaltungsgerichtshof teilte der Minister mit, daß im Jahre 1929 354 Fälle anhängig wurden, von denen rund 150 Fälle in das Jahr 1930 übernommen werden müßten. Die Rechtspflege sei besonders erschwert durch immer neue Gesetzes- und Verwaltungsverordnungen. Ein Redner des Zentrums sprach zugunsten der Vereinigung des Verwaltungsgerichtshofes mit dem Oberlandesgericht.

Der Innenminister gab mit Bedauern die Liberalisierung der Landräte an, woran nicht zuletzt der Abbau der Bezirksämter schuld sei. Die Gewinnung besserer Kräfte für die Verwaltung falle schwer infolge der schlechtesten Beförderungsausichten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Zusammenlegung von Verwaltungsämtern aus praktischen Erwägungen und im Interesse der Kostenersparnis befürwortet.

Nächste Aussprache Dienstag vormittag.

Brückenbau bei Speyer 1932

Wie der Reichsverkehrsminister der Stadtverwaltung Speyer amtlich mitteilte, hat man sich in einer Aussprache der zuständigen Ressorts unter Zuziehung des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dahin geeinigt, daß der Bau der Brücke bei Speyer im Jahre 1932 begonnen werden soll.

Darlehensschwindel

In der letzten Zeit nehmen die Anzeigen, in denen Darlehen in irgend einer Form angeboten werden, wieder überhand. Die Erfahrung zeigt, wie von unterirdischer Stelle mitgeteilt wird, daß bei diesen Anzeigen fast durchweg größte Vorsicht geboten ist.

Meldet sich auf sie ein Geldsuchender, dann muß er in der Regel zunächst für Bearbeitungs-, Vermittlungs-, Inzerentions- oder sonstige Gebühren durchschnittlich 10 bis 20 M im voraus entrichten. Nach einiger Zeit erhält der Interessent unter Nachnahme einen verschlossenen Brief, wofür er wiederum 20 bis 30 M, je nach der Höhe des gesuchten Darlehens, zu bezahlen hat, um dann nachher festzustellen, daß der Inhalt des Briefes für ihn so gut wie wertlos ist. Der Inhalt besteht nämlich ausnahmslos aus Druckschriften mit weiteren Vermittlungsangeboten und Adressen von Agenten. Günstigenfalls ist noch, um den Schein eines ordentlichen Geschäftes zu wahren, ein oder das andere Angebot darunter, das nach Form und Inhalt nicht von vornherein als Schwindel zu bezzeichnen ist. Aber auch auf dieses Angebot wird der Geldsuchende kaum ein Darlehen erhalten, denn es werden ihm meist Bedingungen gestellt, die er nicht erfüllen kann. Der inzeritierende Firma war es lediglich darum zu tun, in den Besitz der Bearbeitungs- und sonstigen Gebühren zu gelangen. Zur Auszahlung eines Darlehens kommt es in fast keinem Fall.

Fischereilehrkurs in Calw

Die Württembergische Landwirtschaftskammer und der Badische Landesfischereiverein halten vom 18. bis 20. Februar unter Leitung der Landesfischereifachverständigen, Regierungsrat Dr. Smolian, Stuttgart, und Regierungsrat Dr. Koch, Karlsruhe, in Calw einen Fischereilehrkurs ab, bei dem eine Reihe wichtiger Fachvorträge gehalten werden. Zur Teilnahme am Kurs haben alle württembergischen und badischen Fischereiereisenden kostenlos Zutritt.

Aus der Landeshauptstadt

Amerikanischer Sängerbund. Wie der Verkehrsverein mitteilt, wird der Schwäbische Sängerbund Brooklyn am 4. Juni d. J. der Landeshauptstadt Karlsruhe einen Besuch abstatten. Am folgenden Tage reisen die Gäste nach Heidelberg weiter.

Der Badische Zeitgenossenschaftverein e. V., Karlsruhe, der weitans der größte Militärverein in Baden ist, hielt kürzlich seine 37. ordentliche Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kraußschke, eröffnete die Versammlung. Den Geschäftsbericht erstattete der 1. Schriftführer, Wintermantel. Schmerzlich berührt den Verein der Verlust von neun Ehrenkameraden und 21 Kameraden. Der Verein hat durch Neuaufnahmen seinen Mitgliederbestand vom vorigen Jahre halten können. Im weiteren Verlauf der Versammlung berichtete u. a. der Museumbewalter, Ehrenkamerad Eger, über den Stand des Museums, in welchem hohe Werte verwahrt seien. Er beabsichtigt, im Monat Mai etwa 200 Lichtbilder aus der Sammlung vorzuführen. Die zur Wahl gestellten Verwaltungsratsmitglieder wurden auf Antrag der Versammlung durch Zuruf wiedergewählt.

Zu der Marzeller Morbit ist jetzt die Voruntersuchung gegen den unter Verdacht verhafteten Franz Schneider in Marzell eröffnet. Damit nimmt die weitere gerichtliche Aufklärung ihren Fortgang.

Badisches Landestheater. „Die Dreigroschenoper“, die als Sonderveranstaltung außer Reihe am Samstag, dem 1. Februar, und Montag, dem 3. Februar, gegeben wird, um auch den Interessenten Gelegenheit zum Besuch zu geben, die nicht mehr in der Sondermiete des „Zeittheaters“ unterkommen konnten, begegnet derartiger Nachfrage, daß empfohlen werden muß, sich bald mit Karten zu versehen. Diese werden aus an der Theaterkasse ausgegeben. Die Käufer der Karten müssen anerkennen, daß sie sich der Eigenart des Stückes bewußt sind.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Im Laufe der vergangenen Nacht hat uns eine Staffeln warmer Luft erreicht und die Temperaturen im ganzen Lande etwas gehoben. Es fielen dabei geringe Niederschläge, die in Höhen über 600 Meter als Schnee niedergingen. Die große atlantische Depression hat inzwischen neue Baumluft herangeführt und außerordentlich an Energie gewonnen. Wir werden bald nach kurzer Aufheiterung in ihrer Vorberlei in den Bereich der warmen Luft kommen, welche die Frostgrenze im Gebirge wieder höher rücken dürfte. Wetterausichten: Mild und veränderlich, bei südwestlicher Luftzufuhr, zeitweise Regen, höhere Gebirgslagen Schnee bei leichtem Frost.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Januar	30. Januar
Amsterdam 100 G.	167.84	168.18
Kopenhagen 100 Kr.	111.85	112.07
Italien . . . 100 L.	21.875	21.915
London . . . 1 Pf.	20.345	20.385
New York . . . 1 D.	4.1820	4.1900
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.705	80.865
Wien 100 Schilling	58.87	58.99
Brag . . . 100 Kr.	12.372	12.392

Folgen der Reg-Justiz

Als Folge der Fusion der Firmen Carl Mez & Söhne AG, und Mez Vater & Söhne werden — wie aus Freiburg gemeldet wird — voraussichtlich eine Reihe von Filialbetrieben, die von der Firma Mez Vater & Söhne übernommen werden mußten, stillgelegt bzw. ganz aufgehoben werden. Es hat sich herausgestellt, daß die in Betracht kommenden Filialbetriebe, die zum Teil in verkehrstechnischer Hinsicht recht günstig liegen, unrentabel sind. Auch hat bei den beabsichtigten Maßnahmen die Erwägung mitgespielt, daß es für Arbeitskräfte in kleineren Landgemeinden leichter sein würde, Erjaz an Verdienst durch landwirtschaftliche oder andere Arbeit zu finden als für Arbeitskräfte in den größeren Städten. Eine Entscheidung über diese als Rationalisierung aufzufassende Maßnahme ist noch nicht gefallen.

Die Firma Mez AG hat in einer Besprechung mit dem Vertreter des Gewerbeaufsichtsamts in Karlsruhe, mit mehreren Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden usw. eingehend ihre Gründe für ihr beabsichtigtes Vorgehen auseinandergesetzt. Die Entscheidung liegt nun bei den Landeskommissären von Freiburg und Konstanz, zu deren Bereich die in Betracht kommenden Gemeinden gehören. Es handelt sich um die Filialbetriebe in Herrschwand, Röffingen, Birkenhof, Schwandorf, Liptingen, Gunningen, Schweningen (Amt Meßkirch) und Kreenheinfelden. Auch das engere Zusammenarbeiten mit der Firma Gütermann spielt hier eine gewisse Rolle. In Betracht kommen etwa 400 Arbeitskräfte, in der Hauptsache weibliche. Die an sich als sehr bedauerlich zu bezeichnende Maßnahme verfolgt naturgemäß auch den Zweck, den Freiburger Betrieb uneingeschränkt weiterführen zu können.

Redariffahrt Heilbronn-Lauffen. Die zweite Fahrt des Rahns „Karolina“ mit Kohlen von Heilbronn nach Lauffen am 29. Januar verlief glänzend, ein Beweis dafür, daß bei Einsatz des geeigneten Schleppbootes Lastfähne anstandslos über die Entlasten des Portlandzementwerks Lauffen über die Staustufe Horstheim erreichen können. Zu den anlässlich der ersten Fahrt des Rahns „Karolina“ von Heilbronn nach Lauffen am 10. Januar erfolgten Pressemitteilungen wird vom Redarbauamt mitgeteilt, daß der Kahn selbst ohne weiteres nach Lauffen geschleppt werden konnte und daß die Störung bei der ersten Fahrt auf den großen Tiefgang des zum Schleppen verwendeten Schraubenschleppdampfers zurückzuführen ist.

Die Ostpreußenauktion am 5. Februar in Berlin im Falle des Westens, Umlandstr. 17-19, dürfte in diesem Jahre eine besondere Beachtung verdienen, da nach Auflösung des Hauptgestütts Grady die dortige Auktion guter Leistungssperde fortfällt. Man wird die Gelegenheit zum Ankauf guter Ostpreußen in Berlin daher besonders begrüßen und ausnützen. Der Auktion am 5. Februar geht, wie bereits mitgeteilt, eine Schau, bestehend aus einer Prämierung und einem Vorreiten der Pferde am 4. Februar in der Turnierhalle am Kaiserdamm, voraus.

Ermäßigung der Zinssätze in Frankreich. Die Bank von Frankreich hat den Wechselzinston von 3½ auf 3 Proz. und den Lombardzinston von 5½ auf 4½ Proz. ermäßigt. Frankreich hat damit den niedrigsten Zinssatz.

Verabschiedung des polnischen Bankdiskonts. Der Verwaltungsrat der Bank von Polen hat gestern beschlossen, den Diskontsatz mit Wirkung vom heutigen Tage von 8½ Proz. auf 8 Prozent herabzusetzen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl in Baden-Baden. Die Baden-Badener Bürgermeisterwahl ging, wie vorausgesehen war, unter heftigen Kämpfen der Parteien vor sich. Schon in der zur Klärung der Sachlage einberufenen Sitzung des Stadtrats am 31. Januar, ergab sich eine Spaltung, als Zentrum und Demokraten sich für den dem Zentrum nahestehenden früheren Eitlinger Bürgermeister, jetzigen Sozialis Dr. Trunks, Rechtsanwalt Dr. Potyla, entschieden. Volkspartei und Sozialdemokraten erklärten nun, daß eine Neubesetzung des Postens aus Ersparnisgründen umgangen werden könne. In den letzten Tagen setzte eine rege Debatte über diese Frage ein. Die Sozialdemokraten veröffentlichten ein Flugblatt, während die übrigen Parteien in der Presse lebhaft für ihre Ansichten eintraten. Zu der Donnerstag nachmittag stattgefundenen Wahl erschienen die Sozialdemokraten ausnahmslos nicht. Die Volkspartei gab fast geschlossen weiße Zettel ab. Zur Abstimmung erschienen nur 87 von 118 Mitgliedern. Davon stimmten 64 für Dr. Potyla, der damit gewählt ist. 23 weiße Zettel wurden abgegeben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Es schneit im Schwarzwald!

D. Freiburg, 31. Jan. (Tel.) Endlich, nach wochenlanger Trockenheit, die die Ausübung des Wintersports so gut wie unterbunden hat, hat die veränderte Druckverteilung im Laufe der letzten 12 Stunden zu Schneefällen auf dem südblichen Hochschwarzwald geführt, bei gleichzeitig leichtem Sinken der Temperaturen. Der Schneefall reicht bis in die Lagen von 800 Metern herunter. Im Felsberggebiet beträgt die Schneedecke wieder 30 Zentimeter.

D. Heidelberg, 31. Jan. Nachdem schon viele Interessenten die Absicht hatten, die beiden Schriesheimer Schwerpatentwerke wirtschaftlich auszunutzen, bewerben sich zur Zeit wieder zwei Großunternehmen von Dresden und Düsseldorf um dieses wertvolle Industriegebiet. Mit beiden Firmen schweben aussichtsreiche Verhandlungen.

6d. Waldbrunn, 30. Jan. Die Holzwerke Dyrösch haben heute ihren Betrieb geschlossen und die gesamte Arbeiterschaft entlassen. Die Arbeitslosen werden dadurch um etwa 41 vermehrt.

Das Werk sah sich — wie es erklärt — zu dieser Maßnahme veranlaßt, da die Vorräte aufgearbeitet sind und das Frischholz aus den städtischen Waldungen nur an auswärtige Firmen verkauft wurde.

D. Unterbalbach (Amt Lauerbachsheim), 31. Jan. Im Alter von 75 Jahren ist Altbürgermeister Julius Frank gestorben, der von 1891 bis 1909 unserer Gemeinde Vorstand und 28 Jahre lang die hiesige Postagentur geleitet hat.

D. Bellingen, 30. Jan. Der kommunistische Stadtrat G. Fischer wurde aus der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgeschlossen, weil er „in Ausübung seines Mandats in der Gemeinde durch Mitwirkung an bürgerlichen Veranstaltungen der Gemeinde und durch sein sonstiges Auftreten parteischädigend gewirkt“ habe.

Geschäftliches

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine vierseitige Ankündigung der Firma Knopf bei. Wir empfehlen genaue Durchsicht der Angebote und Benützung als Führer durch die verschiedenwertigen Abteilungen des Hauses.

WEISSE WOCHEN

Wir bringen in dieser Woche Waren aller Art zu enorm billigen Preisen zum Verkauf



Hermann Tietz, Karlsruhe Größter Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz



Schuhwarengeschäft

Herrenstraße 14

geben wir während der **Weissen Woche** vom Samstag, den 1. Februar bis einschli. Samstag, den 8. Februar

doppelte Gegenmarken

Wir empfehlen unseren verehrten Mitgliedern, diese außergewöhnliche Gelegenheit zur Deckung ihres Schuhbedarfs zu benutzen.

Lebensbedürfnisverein

Weisse Woche

Tisch-, Bett-, Leibwäsche, Badetücher in ungeheuren Mengen u. billigen Preisen

Herrenstoffe **10%** Damenstoffe

Leipheimer & Mende

Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. August 1920 Einträge in unseren Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen.

Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 1. August 1920 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen.

Königsheim, den 1. Februar 1930.
Das Pfandgericht:
Kappeler, Bürgermeister.

Öffentliche Mahnung.

Die Gläubiger, für welche vor dem 1. August 1920 Einträge in unseren Grund- und Pfandbüchern eingeschrieben sind, werden hiermit aufgefordert, sie für den noch geschuldeten Betrag erneuern zu lassen.

Die innerhalb 6 Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden. Ein Verzeichnis der in unseren Büchern vor dem 1. August 1920 eingeschriebenen Einträge liegt in den Diensträumen des Pfandgerichts zu jedermanns Einsicht offen.

Siedfeld, den 1. Februar 1930.
Das Pfandgericht:
Gönniger, Bürgermeister.

Danksagung

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Ablebens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Bruders, sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus.

Lahr i. B., den 30. Januar 1930.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Anna Kurz
geb. Volk.

COLOSSEUM

Heute Abend, 6 Uhr,

Abschiedsvorstellung

von
Glauer's Zwerge
in
Schneewittchen
und die 7 Zwerge

Samstag, den 1. Februar, 8 Uhr,

Premiere

des Berliner Neuen Theaters
Das Mädels vom Broadway
Ein lustiges Jazzspiel

Fabelhafte Dekorationen u. Kostüme
40 Mitwirkende — **Die Pretty-Girls.**

Q.104. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Rosenfeld & Co., offene Handelsgesellschaft in Karlsruhe, alleinige Inhaber Karl Rosenfeld, Kaufmann, und Hugo Marxheimer, Kaufmann, beide in Karlsruhe, wurde heute vormittag, 11 1/2 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Herr Rechtsanwalt Dr. Raphael Strauß in Karlsruhe, Ritterstr. 3, bestellt. Den Inhabern der Schulden wurde gemäß §§ 50, 51, 54 Vergl.O. allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Firma ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Freitag, den 28. Februar 1930, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 2, 2. Stock, Zimmer Nr. 122. Karlsruhe, 29. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

Q.102. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über den Nachlass des Mechanikers Eugen Dambach in Mörich wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Karlsruhe, 25. 1. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.



Badisches Landestheater
Samstag, 1. Februar 1930

Außer Riete
Sondervorstellung des „Zeittheater“
Die Dreigroschenoper
Ein Stück mit Musik von Dreht-Weill
Regie: Wambach
Dirigent: (am Flügel) Keilberth
Mitwirkende:
Vertram, Rademacher, Riegler, Jant, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter, Schulze, Gröbinger, Gospach, Kalnbach.

Anfang 20 Ende geg. 23
Kartenausgabe für die Sondervorstellung nur an der Theaterkasse.
1. Rang und 1. Sperrst. 7.50
Sonntag, 2. Februar
Die verkaufte Braut.
Im Konzert: ... Vater sein dagegen sehr.
Mo. 3. Febr.: Sondervorstellung des „Zeittheater“: Die Dreigroschenoper.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“